

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Beilage die „Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, durch die Post und durch Colportage zu beziehen. Preis vierteljährlich **MT. 3.10**, pro Woche **25 Pf.** Postzeitungsliste Nr. 7103.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile ober deren Raum **20 Pfennige**, für Vereins- und Verfallungs-Anzeigen **10 Pfennige**. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 108.

Breslau, Donnerstag, den 9. Mai 1895.

VI. Jahrgang.

Tom Giftbaum.

Die Börsen erfreuen sich mit Recht sehr geringer Sympathien in den Kreisen der producirenden Volksmassen. Sie sind die Centralstellen, an denen der Großhandel mit Geldwerthen und Producten sein Wesen treibt. Hier nehmen die von großen und kleinen Arbeitgebern „ersparten“ Mehrerwerthe die Gestalt von Zins- oder Dividenden tragenden Staatspapieren, Pfand- und Rentenbriefen, Eisenbahn-, Bank- und Industrieactien an. Hier wandern Geldsummen und Papiere aus der Hand eines capitalistischen Speculanten oder Unternehmers in die des anderen. Hier werden die Producte der Landwirtschaft und des Bergbaus zu Gegenständen von Handelsgeschäften gemacht, die zum guten Theil lediglich auf gewinnthätige Speculationen hinauslaufen. An den Börsen bereichern sich die wenigen großen Capitalisten, die Könige von Golde Gnaden, auf Kosten der vielen kleinen. Die letzteren aber halten sich schadlos durch vermehrte Ausbeutung der producirenden und consumirenden Volksmassen.

Die heutige Gesellschaft kommt ohne Börse nicht aus. Wo es Mehrerwerther, Capitalisten und Speculanten giebt, muß es auch Einrichtungen geben, wo diese Herren ihre gegenseitigen Angelegenheiten ordnen können. An der Börse laufen die Fäden zusammen, an denen das Mehrerwerth stichende Netzwerk der capitalistischen Production und Distribution hängt. Sie ist das Herz, von dem aus das goldene Blut durch das Aderwerk des modernen Wirtschaftskörperorganismus getrieben wird, und nach dem es immer wieder durch Mehrerwerth vermehrt, zurückströmt. Kein Wunder, wenn jeder staatliche Eingriff in die Börse sofort ein großes Schmerzfähres bei allen denen hervorruft, die aus guten Gründen das „freie Spiel der Kräfte“ nicht gestört wissen wollen. Kein Wunder auch, wenn darum die Regierungen ihren lieben Geschäftsfreunden von der goldenen Internationale nicht gar zu wehe thun wollen. Der von der Börsen-Enquete gezogene und nunmehr von der Reichsregierung ausgetragene Entwurf eines Börsengesetzes bietet ein treffliches Zeugniß für die schonende Behandlung, deren sich Leute mit viel Geld erfreuen. Betrachten wir uns den Inhalt des Entwurfs etwas näher.

Die Börsen sollen unter Aufsicht der Landesbehörden gestellt werden. Das ist gut; aber: die unmittelbare Aufsicht „kann“ den Handelskammern oder

anderen kaufmännischen Corporationen übertragen werden. Das ist schlimm; denn dadurch werden die Interessenten ihre eigenen Beaufsichtiger und dabei kommt gemeinlich nicht viel heraus. Zur Oberaufsicht sollen Staatscommissäre ernannt werden; aber: für „kleine“ Börsen, „kann“ von der Bestellung eines Staatscommissärs abgesehen werden. Wodurch die „kleinen“ dieses väterliche Zutrauen verdient haben, wird nicht verrathen. Die „großen“ Börsen werden nun wohl alle zu den „kleinen“ gerechnet sein wollen. Gelingt es ihnen jedoch nicht, sich klein genug zu machen, nun dann ist auch noch nicht viel verloren. Denn der Staatscommissar darf zwar überall hineinreden, hat aber doch nicht viel zu sagen. Die maßgebende Behörde ist nicht er, sondern ein aus Interessenten zusammengesetztes Aufsichtsorgan.

Diesem liegt die Handhabung der Börsenordnung ob und aus ihm bildet sich auch das Ehrengericht, welches die untersuchende und entscheidende erste Instanz sein soll bei Verletzung der börsengesetzlichen Bestimmungen. Die Verhandlungen dieses Gerichtes finden, dem Geiste der Zeit und der nahen Verwandtschaft des Capitalismus mit dem Militarismus entsprechend, unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt! Nur ausnahmsweise „kann“ das Ehrengericht die Öffentlichkeit der Verhandlung anordnen. Wie schade, daß das ohnehin schon so seltene Schauspiel von Krähen, die einer anderen Krähe die Augen aushacken, auch noch hinter verschlossenen Thüren stattfinden soll. Aber Vorsicht ist stets angebracht; es könnte sich wohl gar ein socialdemokratischer Berichterstatter einfinden, um den capitalistischen Ehrenhandel zur Erregung von Unzufriedenheit auszunutzen. Es geht nichts über verschlossene Thüren; je nach Bedürfnis läßt man die unbequemen Zeitungsmenschen dahinter spazieren oder davor stehen.

Der vom Börsen-Ehrengericht Verurtheilte sowohl, wie der Staatscommissar, können gegen die Entscheidung an die „Berufungskammer“ appelliren. Dieses Gericht höherer Instanz soll aus 7 Mitgliedern bestehen. Wie erhaben die Berufungskammer über den Parteien stehen wird, geht aus der Art ihres Zustandekommens hervor. Es soll nämlich als Begutachtungsbehörde für börsengesetzliche Zwecke für das ganze Reich ein Börsenausschuß gebildet werden. Dieses „Sachverständigenorgan“ soll aus dreißig Mitgliedern bestehen, von denen der Bundesrath ein Drittel, die Interessen-Organe dagegen zwei Drittel

wählen. In diesem Ausschuss haben also die Börsenleute selber von vorn herein eine Zweidrittel-Majorität. Und aus diesen zwanzig von den Börsenorganen gewählten Ausschussmitgliedern sind sämtliche sieben Richter der Berufungskammer zu entnehmen! Danach kann man ermessen, was es mit dem ganzen Gerichtsverfahren auf sich haben wird. Es fehlt nur noch ein Begnadigungsrecht für die Börsenkönige. Hin und wieder wird man einen kleinen Betrüger, der seine Gaunereien gar zu offen betreibt, auf die schmerzlichen Finger klopfen. Den großen Dieb aber werden die sachmännische Genialität, der ruhmvolle Name und die innigen Beziehungen zu den anderen großen Standesgenossen über alle Gefahren hinweghelfen.

Auch die weiteren Bestimmungen des Entwurfs wiegen nicht allzu schwer. Die Feststellung der Börsenpreise für die amtlichen Courszettel erfolgt durch die Börsenvorstände unter Zuziehung der Coursmakler. Diese werden von den Landesregierungen nach Anhörung der Börsenorgane, bestellt. Sie dürfen in den Geschäftszweigen, für welche sich zur amtlichen Feststellung der Preise mitwirken, nur insoweit für eigene Rechnung Geschäfte machen, „als dies zur Ausführung der ihnen erteilten Aufträge nöthig ist.“ Eine glänzende Gewähr für die Zuverlässigkeit der Preisermittlung! Damit den orisüblichen Gepflogenheiten übrigens nicht zu nahe getreten wird, ist der Bundesrath befugt, „abweichende amtliche Feststellung des Börsenpreises für Waaren oder Werthpapiere für einzelne Börsen zuzulassen.“

Die Zulassung von Werthpapieren zum Börsenhandel erfolgt an jeder Börse durch eine Commission, von deren Mitgliedern mindestens ein Drittel aus Personen bestehen muß, welche nicht „gewerbmäßig“ an Börsengeschäften theilhaftig sind. Also der 2/3 Majorität von gewerbmäßigen Interessenten soll durch eine 1/3 Minorität von Gelegenheits-Interessenten die Waage gehalten werden! Ein weiterer nicht minder windiger Schutz gegen unreelle Papiere soll dadurch geschaffen werden, daß diejenigen, die in einem Prospect, auf Grund dessen Werthpapiere zum Börsenhandel zugelassen werden, falsche Angaben über das Unternehmen gemacht haben, für die den Käufern der Papiere eventuell entstehenden Verluste ersatzpflichtig sein sollen. Wie aber, wenn die Gesetze selbst nichts in Wirklichkeit oder vor dem Gesetz selbst nichts mehr haben? Oder wenn die Gesetze aus einem anderen Grunde als dem einer betrügerischen Fundirung

Meine officiële Gattin.

Roman von H. R. Savage.

(Nachdruck verboten.)

11] Ich reiste mit Ihnen in dem nämlichen Zuge von Paris nach Berlin und von Berlin nach Eydtkuhnen und ich war fest entschlossen, die Grenze auf Grund Ihres Passes als Madame Lenox zu überschreiten. Ich hatte gehofft, Sie schon in Wilna, jedenfalls aber in Petersburg von meiner Gegenwart befreien zu können, aber leider ist's einstweilen unmöglich und — still — ich hörte Schritte.“ Helene schlüpfte zur Thür und zog leise den Kiesel zurück; als wirklich gleich darauf zwei Kellner mit dem bestellten Souper erschienen, rief die junge Dame mit lustigem Lachen: „Gottlob, mein Arthur — nun wird Dein rasender Hunger gestillt werden — Du siehst auch wirklich schon ganz verzweifelt aus.“

Und nun begann die Farce einer Mahlzeit, die ich nicht so leicht vergessen werde; während mir jeder Bissen im Munde quoll, mußte ich mich doch zum Essen zwingen, um die aufwartenden Kellner zu täuschen. Nur die wirklich köstlichen Weine genoß ich mit vollem Appetit, ohne jedoch dadurch die innere Gluth, die mich verzehrte, löschen zu können und ich bewunderte die Selbstbeherrschung meiner Gattin, die wie die verküppelte Seelenruhe und Unschuld dreinschaute. Endlich ging das Mahl seinem Schlusse entgegen, und als der

Kaffee gebracht wurde, sagte Helene zu dem aufwartenden Diener:

„Geben Sie immerhin — den Kaffee schenke ich selbst ein — ich weiß ohnehin am besten, wie die Mischung sein muß, um meinem Mann zu schmecken. Darf ich am Deine Schaal bitten, Arthur — nicht wahr, zwei Stückchen Zucker, einen Löffel voll Cognac und dann den heißen Kaffee — ist's so recht?“

Sobald wir wieder allein waren, schob Helene nochmals den Kiesel vor und sagte dann mit tiefster Stimme:

„Es muß also noch eine Weile beim Alten bleiben, Oberst Lenox.“

„Nein, um keinen Preis“, rief ich heftig, „ich will meine Freunde nicht länger täuschen — Sie sollen das Haus der Belegky's nun und nimmer als Marguerite's Mutter betreten!“

„Es thut mir leid, Ihnen widersprechen zu müssen, aber einstweilen muß ich die Rolle Ihrer Gattin weiter spielen“, murmelte Helene mit der Ruhe der Verzweiflung. „Uebrigens liegt's auch in Ihrem eigenen Interesse, Niemanden ahnen zu lassen, daß Sie mich unter dem Schutz Ihres Passes über die Grenze geschafft haben“, schloß sie triumphirend.

„Um, — der amerikanische Gesandte wird diese Schwierigkeit zu heben wissen“, entgegnete ich zuversichtlich.

„Wenn sich's um Sibirien und vielleicht noch um viel Schlimmeres handelt, ist der Gesandte machtlos“, erklärte Helene mit ruhiger Bestimmtheit.

„Sie haben mir noch nicht einmal gesagt, wer Sie sind“, rief ich misstrauisch.

„Nein — damit hat es noch Zeit“, meinte Helene gleichmüthig, „aber verlassen Sie sich nur darauf, daß Sie es eines Tages von mir hören werden.“

„Und inzwischen verbiete ich Ihnen, die Rolle meiner Gattin zu spielen“, beharrte ich.

„Sie scheinen sich nicht darüber klar zu sein, daß ich in Rußland dazu berechtigt bin“, antwortete Helene leise und traurig, „von dem Augenblicke an, da Sie mich auf Grund Ihres Passes als Ihre Gattin über die Grenze führten, galt ich nach russischem Gesetz auch für Ihre Frau, und wenn Sie Ihre wirkliche Gattin für Ihre Frau, und wenn Sie Ihre wirkliche Gattin in Paris vor Kummer und Leid behüten wollen, lassen Sie mich, so lange wir Rußland noch nicht verlassen haben, die begonnene Rolle unbehellig weiter spielen; glauben Sie mir, unter dieser Bedingung dürfen Sie hoffen, Ihre Gattin je wieder zu sehen! Wenn man uns Beide heute verhaftete, wären wir morgen sicher für die Welt todt — in Rußland verschwindet mancher um geringer Fehler willen auf immer wiedersehen! — Also schweigen Sie — hierin liegt Ihre einzige Chance!“

„Es giebt noch einen Ausweg, an welchem Sie anscheinend nicht gedacht haben“, sagte ich, eine Zuversicht heuchelnd, welche ich nicht empfand.

„Und worin besteht dieser Ausweg?“

„Darin, daß ich mich hinunter in's Bureau des Hotels begeben und Sie der Polizei auslieferen.“

„Ah, jurmahr — Sie sind ein Held! Um der

verträgt? Dann ist die Ersappflucht schon vorher so viel werth, wie nach 5 Jahren seit der Zulassung, wo sie überhaupt als verjährt wegfällt.

Dem Terminhandel zu reinen Speculationszwecken (Differenzgeschäft) will man dadurch beikommen, daß nur diejenigen Personen Termingeschäfte machen dürfen, welche sich in das Börseregister, gegen eine Gebühr von 300 Mark eintragen lassen. Die Eintragung wird veröffentlicht; ihre jährliche Erhaltunggebühr beträgt 50 Mark. Ausländische Firmen brauchen nicht eingetragen zu sein, und zu Geschäften mit ihnen bedürfen auch Inländer nicht der Eintragung, „sofern das Geschäft zum Gewerbebetrieb derselben gehört“. Die Wirkung wird sein: Es wird weiter gespielt!

Für die Commissiongeschäfte sind eine ganze Reihe knifflische Bestimmungen aufgenommen, welche die Auftragsgeber vor den Schlichen der Commissionäre behüten sollen. Das Recht, ein Vermittlungsgeschäft in ein Geschäft auf eigene Rechnung als Käufer oder Verkäufer umzuwandeln, bietet im Verein mit der oft nach Viertelstunden veränderlichen Preisstellung eine Fülle von Beschwindelungsmöglichkeiten. Der Entwurf müht sich ab, den bekanntesten derselben einen Kiesel vorzuzchieben. So viel Kiesel aber giebt es nicht, wie da Pförtchen und Rigen sind, durch die ein gewandter Kobber seine Manipulationen auszuführen versteht.

Schließlich wird die betrügerische Einwirkung auf die Preisbewegung, die Verführung „Unerfahrener“ und die unrichtige Berathung der Auftraggeber mit Strafe bedroht. Inbeß, die Nürnberger hängen keinen, ehe sie ihn haben.

Der Versuch, die Börse, ohne den Börsenmännern wehe zu thun, zu reformiren, konnte nicht anders ausfallen. Einzelne Bestimmungen mögen glücklich getroffen sein und gute Erfolge zeitigen; in der Hauptsache aber bleibt die Börse nach wie vor die Stätte, wo die Ausbeuter sich gegenwärtig und indirect das arbeitende Volk im großen ausbeuten. Gegen die Börse hilft nur der Socialismus.

Politische Rundschau.

— Zur Frage „Vertagung oder Schluß des Reichstages“ schreibt der „Hann. Cour.“:

„Wie aus maßgebenden Kreisen verlautet, bezieht dort nicht die Absicht, den Reichstag bis zum Herbst zu vertagen; er soll vielmehr vor Pfingsten geschlossen werden. Als einziger Grund für eine Vertagung statt des Schlußes könnte alsdann der Wunsch gelten, die Arbeit der Commission für die Justizgesetze nicht verloren gehen zu lassen. Dem stehen aber gewichtige Gründe für die Schließung des Reichstages gegenüber, unter denen wir nur hervorheben wollen, daß im Falle der Vertagung die Freijahrsferien ihre Gültigkeit behalten, und gegen keinen Abgeordneten ohne Genehmigung des Reichstages ein Strafverfahren eingeleitet oder fortgesetzt werden darf. Die Freijahrt würde den Agitatoren willkommen sein zu billigen Heftereien, und die publizistisch thätigen Abgeordneten würden einen Theil ihrer Immunität in das Privatleben mit hinübernehmen, da sie im Falle von Klagen wegen Beleidigungen den Vortheil der Vertagung und eventuell Verjährung

derselben für sich hätten. Derartige Privilegien über das rothwendigste Maß auszudehnen, läßt sich nur rechtfertigen, wenn es sich um die Erhaltung einer wirklich werthvollen Commissionsarbeit handelt. Dieser Fall liegt nicht vor, denn was die Commissionen an den betreffenden Entwürfen bis jetzt geleistet, kann höchstens als „schätzbare Material“ betrachtet werden.“

Wie weit diese Erklärung auf Informationen bei wirklich maßgebenden Kreisen zurückzuführen ist, sind wir nicht in der Lage zu beurtheilen. Daß sie Köller'schen Polizeigeist verräth, läßt sich freilich nicht bestreiten. Spiegelt sich in der Notiz wirklich die Auffassung der Regierungskreise, so würde das nur für die Kleinlichkeit der Auffassung, die in denselben herrscht, sprechen, und andererseits würde durch sie wieder einmal der Beweis geliefert sein, daß unsere Partei die bei allen Entscheidungen der Regierungen ausschlaggebende Macht ist.

— Das famose „Material“ der Regierung zur Begründung der Umsturzvorlage liefert, je näher man es betrachtet, immer deutlicher den Beweis, mit welcher geringen Sachkenntniß die Regierungsvertreter es zusammengetragen haben, damit aber auch, in welcher fabelhafter Verlogenheit die Herren sich befinden müssen, Zeugnisse für die Umsturzabsichten der Socialdemokratie aufzutreiben. Unter Ziffer II enthält das vorgelegte „Material“ „Auszüge aus Lieberbüchern, die im Besitz activer Mannschaften in Rottbus und Küstrin vorgefunden wurden“. Gleich an der Spitze steht ein Gedicht aus „Urwählers Haus- und Reisepalast“, betitelt: „Der Zukunftsstaat“, das also lautet:

Hort mit Mauer, Krupp und Wittnaldien.
Unsere Snurpel sind die beste Wehr.
Barrakaden braucht's und Petroleiden,
Weiter nichts zum rothen Militär.
Selm und Bidelhaub', valleralla.
Kreuz und Eisenlaub, valleralla.
Und Samajcheninöpte — in nicht mehr!

Jedes Kind merkt, daß hier ein Product gegenwärtiger Ironie vorliegt, nur die Regierungsmänner merken es nicht. Das Schriftchen, dem die Verse entnommen sind, nämlich „Urwählers Haus- und Reisepalast“, ist in der That seiner Zeit von vielen bürgerlichen Blättern als „eine köstliche Verpottung der Socialdemokratie“ mit vollen Sätzen angepriesen worden. Und damit will man die Umsturzvorlage begründen! Di. Entdeckung dieses „köstlichen“ Materials macht dem Scherzmann des Geh. Kriegsraths Seidenstricker alle Ehre.

— Die Militärparagrafen der Umsturzvorlage sind eine schwere Gefahr für die Hebefreiheit, sie machen es unmöglich, an den Einrichtungen der Heeresverwaltung Kritik zu üben. Man fasse insbesondere den ersten Theil dieser neuen Strafbestimmung ins Auge: „Wer in der Absicht, die militärische Zucht und Ordnung zu untergraben, durch Wort, Schrift, Druck oder Bild gegenüber einem Angehörigen des activen Heeres oder der activen Marine das Heer oder die Marine oder Einrichtungen derselben verächtlich macht . . .“ Auf jede Kritik militärischer Einrichtungen kann der Ausschlussbegriff des Verächtlichmachens angewandt werden. Was aber sind militärische Einrichtungen? Darunter fallen beispielsweise das ver-

altete Strafproceßverfahren mit seiner Heimlichkeit und Schriftlichkeit, der unzureichende Beschwerbeweg gegen Mißhandlungen, die schädliche Wirkung der Militärwerkstätten für den Handwerkerstand, die erdrückende Concurrenz der privilegierten Militärmuster für die Privatmuster, die Kadettenanstalten und Unteroffizierschulen mit ihrer Förderung des Kastengeistes und der Einseitigkeit, die Verwendung von Soldaten zu privaten Treibjagden der Offiziere, der Mißbrauch fisciälicher Krümpersperde zu Privatfahrten der Offiziere u. s. m. Liebt die Presse hier Kritik, so kann ein findiger Staatsanwalt aus solchen Zeitungsartikeln stets die Absicht herauslesen, „die militärische Zucht und Ordnung zu untergraben.“ Allerdings erfordert die neue Strafbestimmung auch, daß die Verächtlichmachung gegenüber einem Angehörigen des activen Heeres erfolgen muß. Aber jede Zeitung kommt auch Angehörigen des activen Heeres zu Gesicht und wäre es auch nur in dieser oder jener Restauration. Der Wirth eines Locals, wo gelegentlich auch Soldaten verkehren, wird schuldig, wenn er eine solche Zeitung auflegt, nicht minder der Expeditur oder Colporteur, der einem militärischen Abonnenten von der Zeitung eine Nummer bringt, in der ein kritischer Artikel militärischer Einrichtungen enthalten ist. Ja, noch mehr. Nicht bloß die öffentliche Kritik ist strafbar, sondern auch jede private Kritik solcher Art durch Wort wird strafbar. Eine Civilperson kann mithin schon strafbar werden, wenn sie im Privatgespräch mit einer Militärperson militärische Einrichtungen verächtlich macht. Solche Privatgespräche können strafbar werden, selbst wenn sie unter Verwandten stattfinden und eine dritte Person den Civilisten denuncirt wegen Aeußerungen gegenüber einem Sohn oder Bruder, der seine Zeit abdiene und sich gerade auf Urlaub zu Hause befindet.

— Daß es wirklich ohne Umsturzgesetz geht, jede Bewegung der Staatsbürger zu hindern, davon liefert uns das gegenwärtig selbst für Preußen auffällig schneidige Vorgehen der Polizeibeamten in Versammlungen fast täglich sprechende Beweise. Der „Volksztg.“, einem tüchtigen Berliner Blatte, entnehmen wir folgende Mittheilung über einen neuen Vorfall aus dem Machtbereich des Herrn v. Köller: „Es war eine Volksversammlung nach Kellers Festfällen (in Berlin) einberufen worden, in der die Abgeordneten Zubeil und Stolle über: „Die Arbeiter und die Eisenbahnen“ referiren sollten. Die Versammlung wurde kurz vor 9 Uhr eröffnet und die Bureauwahl vorgenommen. Alsdann erbat Abg. Zubeil zur Geschäftsordnung das Wort und beantragte angesichts des schwachen Besuchs die Vertagung der Versammlung auf 20 Minuten. Der Vorsitzende ließ über diesen Antrag abstimmen und es wurde derselbe mit sehr großer Majorität angenommen. Da bemerkte plötzlich der überwachende Polizeilieutenant, daß er gegen diese Vertagung Einspruch erhebe, da er nach derselben die Versammlung als eine neue betrachten müßte. Der Vorsitzende wies diesen Einspruch scharf zurück und verbat sich jede Gemüthung in seine Geschäftsleitung. — Nach ungefähr 15 Minuten — der Saal hatte sich inzwischen sehr gefüllt und es waren Mitglieder der verschiedensten

eigenen Heftung willen vorern. Sie eine Frau, die sich Ihrem Schatz anvertraute, den Schrecken eines russischen Gefängnisses! Und Sie wollen ein Amerikaner sein, der Sohn eines Landes, das sich das freieste Sand der Erde nennt? O die Schmach!“

Helene hatte diese Worte in Jota und Entrüstung mit blitzenden Augen hervorgelesen; jetzt schen sie sich plötzlich ihrer Heftigkeit zu schämen und ihre Stimme klang weich und schwachelnd, als sie fortbr:

„Ich kenne Sie freilich erst seit zwei Tagen, aber es erscheint mir unvorstellbar mit Ihrem ritterlichen Sinn und Charakter, daß Sie den genannten Ausweg ergreifen sollten.“

Ihre weiße, jameleergeschmückte Hand lag bittend auf meinem Arm und die Augen blinzelten flehend in die weite. Ich wandte den Blick ab, denn ich fühlte, daß ich in Gefahr stand, dem von ihr ausgehenden Zauber zu unterliegen; sie schweig erwartungsvoll, und als ich immer noch stumm verharrte, fuhr sie lebhafter fort:

„Übrigens würde der geplante Schritt Ihnen nichts nützen — Sie sind zu hart compromittirt, als daß man auf Ihre Denunciations bis mich allein verhaften sollte! Sie haben mich geflissentlich unter dem Schutz Ihres Passes über die Grenze geleitet — Sie haben mich dem Obersten Petrosch, einem höchsten russischen Offizier, als Ihre Gattin vorgestellt! Ja's Fremdenbuch zu Warschau haben Sie mich als Madame Senoy eingetragen — Sie haben die Fürstin Polignin in dem Glauben, ich sei Ihre Gemahlin — Sie erheben keinen Einspruch,

als die Fürstin mich den Belgier als Madame Senoy vorstellte, und Sie selbst stellten mich dem Chef der dritten Section, dem Oberhaupt der russischen Geheimpolizei, als Ihre Gattin vor.“

„Wie — was hätte ich gethan — und Sie wahnfinnig?“ — rammte ich entsezt.

„Daran ist nichts, aber Sie können nicht zu wissen, daß der Herr, den Sie mir als einen Baron Friedrich vorstellten, in Wirklichkeit der gefürchtete Chef der dritten Section war! Sie in Ihrer rührenden Unschuld hielten den Unmöglichen für den Präsidenten der Bahn, und als er mich so freudig umschloß und so pointirt sagte, „welch junge Großmutter“, da wußte ich, daß er Verdacht hegte! Zum Glück wurde derselbe durch die Begrüßung jütens Bellegly's und durch die Zuerkennung Polignin's entschuldigt, aber wenn Sie jetzt den sogenannten Baron Friedrich anführen und ihn die Geschichte von Die Gattin erzählen, dann müßte es wunderbar geschehen, wenn er Sie für unerschuldig halten sollte.“

„Sicherlich ist dieser Die Gattin“, rammte ich mühsam.

„Wachen Sie's gnädig mit dem armen Schelm, der ganz schuldlos ist.“ — spottete Helene, „sein Name war der einzige, den wir ermittelten konnten, als wir nach Ihren alten Freunden sahabeten, um mit event. auf dieselben zu beziehen. Von Die's letztem Verhalten wußte ich absolut nichts und was ich Ihnen darüber sagte, war ebenj's erfinden, wie man Mädchen nennt. In Warschau heißt man die Amerikaner ge-

meist nach der Höhe ihres Einkommens und als geborene Vanderbilt-Mitt: war ich sicher, Beachtung zu finden.“

Hier schlug Helene's Spott plötzlich um und mit Thränen im Auge fuhr sie fort: „Glauben Sie mir, ich hatte nicht die Absicht, mich Bellegly's als Madame Senoy vorstellen zu lassen — ich wollte Sie am Bahnhof verlassen und Sie allein Ihre Verwandten begrüßen lassen, aber die miltrenischen Blicke und Worte jenes Barons Friedrich ließen mich anderen Sinnes werden. Gätten wir uns am Bahnhof getrennt, dann säßen wir jetzt Beide schon im Kerker — um meiner, um Ihrer Sicherheit willen, mußte das Unvermeidliche geschehen. Als es sich darum handelte, das Palais Bellegly als Gast zu beziehen, wußte ich geschickt abzulehnen — Wenn Sie es jetzt, nach Allem, was ich Ihnen gesagt habe, um Ihrer eigenen Sicherheit willen, rätzlich finden, mich der Polizei auszuliefern, thun Sie's in Gottes Namen — ich wäre nicht die erste Frau, die Schande, Schmach und Tod erlitt, um ihrem Vaterland zu nützen. Wollen Sie Mühe walten lassen, dann haben Sie nichts weiter zu thun, als dem Wirth, wenn er um Ihren Paß bitten läßt, denselben auszufoigen und die Declaration, daß dieser Paß für Sie und mich gilt, zu unterzeichnen. Nach russischem Gesetz bin ich jetzt hauptsachen Ihre officielle Gattin! Mein Schicksal liegt in Ihrer Hand — entscheiden Sie!“

(Fortsetzung folgt.)

Parteien erschienen — wollte der Vorsitzende die Verhandlungen fortsetzen. Da erhob sich der Polizeilieutenant, bedeckte sein Haupt mit dem Helm, was der begleitende Schutzmann sofort gleichfalls that, und erklärte: „Ich betrachte diese Versammlung als eine neue, nicht ordnungsmäßig angemeldete und daher ungesetzliche. Ich löse sie daher auf und fordere die Anwesenden, unter Bezugnahme auf die gesetzlichen Vorschriften, auf, sofort den Saal zu verlassen!“ — Allgemeines Erstaunen! Der Vorsitzende protestiert heftig gegen die Maßregelung, der Polizeibeamte erwidert, daß er nur seiner vorgesetzten Behörde Rechenschaft schuldig sei. — Der Saal leert sich sehr langsam unter lebhaften Aeußerungen der Entrüstung. — Man sieht, daß Herr von Keller selbst nach Ablehnung der Umsturzvorlage nicht in Verlegenheit wegen Mitteln zur Bekämpfung der Socialdemokratie sein wird — „es geht auch so!“ Im Uebrigen verlautet, daß der Einberufer den Rath des Abgeordneten Lentzmann befolgen und die Hilfe der Staatsanwaltschaft gegen den überwiegenden Beamten anrufen will. Zugleich will er gegen ihn eine Zivilklage wegen Erstattung der Kosten einleiten. — Der Versuch kann ja nicht schaden, ist es doch klar, daß sich der Beamte mit den unabweislichen Bestimmungen des preussischen Vereins- und Versammlungsgezetzes in directem Widerspruch stellt, aber helfen wird's nichts, so sehr das einfache Rechtsbewußtsein es als selbstverständlich erscheinen läßt, solche Gesetzesverletzungen, durch Beamte begangen, zur Bestrafung zu bringen und die betreffenden Schuldigen zur Deckung des verursachten Schadens heranzuziehen.

— Zur Beschlagnahme der Maifestzeitung. Während das Berliner Landgericht die vor dem 1. Mai gerichtliche Verfügung nach dem 1. Mai wieder aufgehoben hat, ist vom Landgericht in Frankfurt a. M. die Beschlagnahme antrecht erhalten. Während das Berliner Gericht eine Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen gegen einander zu Gewaltthätigkeiten in der Maifestnummer nicht zu finden vermochte, hat das Frankfurter Gericht dagegen eine solche gefunden. In Bremen, der „Republik“, ist die Maifestzeitung ebenfalls beschlagnahmt worden und zwar auf Requisition der Berliner Behörden, herausgegeben worden sind die beschlagnahmten 1000 Exemplare jedoch nicht wieder, weil — sie auf behördliche Anordnung nach Berlin geschickt wurden. Das ist ein Streich, der Bremen im Glanze der „königlich preussischen Republik“ erscheinen läßt. Uebrigens — ist die Behörde nach aufgehobener Beschlagnahme nicht verpflichtet, die beschlagnahmten Exemplare ungekürzt zurückzugeben? Und muß sie nicht den etwaigen Schaden decken? Kuriose Frage! In Deutschland!

Die Parlaments-Comödie in Serbien wird mit einem tragikomischen Ernst betrieben. Die Regierung läßt sich von dem unter brutaler Gesetzesverletzung zusammengetrockelten Haufen sogenannter Abgeordneten, die nichts weiter sind wie elende Regierungswerkzeuge, ihre Staatsirrethümlichkeiten und sonstigen ungesetzlichen Handlungen sanctioniren. Die famose serbische „Volksvertretung“, genannt Skupschina, bestätigte einstimmig sämtliche in Folge des Verfassungskonfliktes im Mai 1894 geänderten und wiederhergestellten Gesetze, nachdem Präsident Nikolajewitsch als ehemaliger Chef die Ursachen auseinandergesetzt hatte, weshalb das damalige Cabinet dem König die Aufhebung der Verfassung von 1866, die „das Land an den Rand des Abgrundes und des Bankrotts gebracht“, gerathen habe. — Der serbisch-griechische Handelsvertrag und einige andere Vorlagen wurden sodann durch Jufur angenommen. Die Regierung unterbreitet der Skupschina ein neues Preßgesetz. Natürlich zum Zwecke, der Opposition im Volksverein Maulkorb vorzuhängen. — Auch die Bewilligung einer Jahrespension von 360,000 Francs an den dicken Milan wurde von der Skupschina ausgesprochen. Das war natürlich die Hauptsache bei der ganzen Geschichte und wenn auch noch nicht viel herausgekommen ist (die Pension wird für sechs Jahre nachgezahlt), so reicht es dem edlen König doch auf einige Zeit zum Sehen, Spielen und Guren. Und das Volk zahlt's!

In Rumänien hielten nur die ausländischen Beamten, die in Bukarest wohnen, am 1. Mai, Vorkabende, eine gut besuchte Versammlung ab, in der die Bedeutung der Maifestfeier näher klargestellt wurde. Eine große Majorität angenommene Resolution spricht sich gegen die großen Versammlungen aus, die am 28. April geplant, in früheren Jahren ohne Hindernisse ausgeführten Straßenumzug unterließen,

obwohl weder ein Versammlungs- noch ein Vereinsgesetz hier zu Lande existirt und das Verbot sich als ein reiner Willküract qualifizirt. Nachmittags war eine gesellige Zusammenkunft in einem Garten, wozu wir ungehindert mit Fahne hin- und retourziehen konnten. Man sieht hieraus, wie gewaltthätig auch hier die Polizei verfährt. Es wäre zu wünschen, daß die Führer der rumänischen Socialdemokraten mehr aus der Redactionsstube heraustreten und die rumänischen Arbeiter mehr mit dem Socialismus vertraut machen würden. Es fehlt der Partei noch an innerer Festigkeit; um diese zu schaffen, ist es nothwendig, sich mehr um die Gewerkschaften zu kümmern und sich gegen Uebergriff: der Polizei energisch zu wehren.

Selbstverständlich hat England in seinem Conflict mit Nicaragua den Sieg davongetragen. Aus Corinto wird gemeldet, daß Nicaragua das englische Ultimatum angenommen hat und in Folge dessen die englische Flotte den Hafen verläßt. Dafür scheinen die mittelamerikanischen Staaten gegen England einen regelrechten Boykott in Scene setzen zu wollen. Nach einem Telegramm aus Maragua haben alle centralamerikanischen und mehrere südamerikanische Staaten in einem Telegramm an den Präsidenten Zelaya eine commercielle Union gegen englische Waaren und Schiffe angeregt und vorgeschlagen, daß die von England geforderte Entschädigung innerhalb 14 Tage in London unter Protest bezahlt und im Uebrigen das Ultimatum Englands einem Schiedsgericht unterbreitet werde.

Auch in Frankreich ist, wie wir schon kurz berichteten, die Maifester glänzend verlaufen, wenngleich die Bourgeoisblätter das Gegentheil behaupten. Diese hätten nämlich gern ihren „Tag“ gehabt und darum schon im vorhinein gehöhnt, daß der 1. Mai ganz ruhig verlaufen werde. Sie bleiben darum auch in ihrer Rolle, wenn sie die Feier auch nachträglich zu verkleinern suchen. Um so ihre Wuth zu verbergen, daß nicht nur die in den Kasernen conignitten Truppen keinen Anlaß zum Ausrücken fanden, sondern auch nichts vorgefallen war, um nach einer Faustregierung rufen zu können. In Paris wie in den Vororten fand sowohl am Morgen wie am Nachmittag und Abend eine große Zahl theils größerer, theils kleinerer politischer wie gewerkschaftlicher Versammlungen statt, in welchen zumeist socialistische Abgeordnete wie Gemeinderäthe und Brud'hommesräthe die Hauptredner waren. Am Abend fanden überdies auch mehrere größere Feste statt. In der Provinz scheint nach den bisher vorliegenden Nachrichten die Feier am imposantesten in Roubaix begangen worden zu sein. Am frühen Vormittag begab sich ein Zug Feiernder, mit dem dortigen Abgeordneten Julius Guesde und mehreren Gemeinderäthen an der Spitze, nach dem Friedhof auf das Grab der Arbeitermartyrer, wo von den verschiedenen Arbeiter-Organisationen Kränze niedergelegt wurden und Guesde, nachdem zuvor Genosse Helind namens der Gewerkschaften gesprochen, etne begeisterte Rede hielt. Mittags fand im Stadthaus seitens Guesde's und des Bürgermeisters Genossen Carrette Empfang der Delegirten der verschiedenen Arbeiterorganisationen statt. Nachdem ein Delegirter die Forderungen der Arbeiter dargelegt und Guesde sowie Carrette darauf geantwortet, wurde der Delegation ein Ehrenwein credenzt, während die Musik, welche die Delegation auf's Stadthaus begleitete, die Marschallaise spielte. Während des Empfanges harrten Tausende von Arbeitern vor dem Stadthause, an die später sowohl Guesde, wie Genosse Duc-Quercy, der eben aus Paris angelangt war, zündende Ansprachen hielten. Am Nachmittag wie Abends fanden theils Versammlungen, theils Feste statt. Die Arbeitsruhe war dort nahezu eine vollständige. In Formies begab sich am Vormittag ebenfalls ein Zug nach dem Friedhof, und zwar auf das Grab der am 1. Mai 1891 Ermordeten, wo zahlreiche Kränze niedergelegt und mehrere Reden gehalten wurden, während am Abend im Volkshaufe (Maison du peuple) ein Concert stattfand. In den Orien, wo sich Arbeitsbüros befinden, fanden die Festversammlungen zumeist daselbst statt. Aber überall wo sich Arbeiterorganisationen befinden, ist der 1. Mai gefeiert worden, und an vielen Orten nebst den Versammlungen, Conferenzen und Festen durch eine merkliche Arbeitsruhe. Nun mögen die capitalistischen Organe weiter höhnen.

Parteiangelegenheiten.

Eine große Volksversammlung in Magdeburg hob am 12. Januar d. J. den Streikboykott auf und setzte eine Localcommission, bestehend aus den Genossen Cantau, Redacteur Schmidt und Gärtner, ein, die beauftragt wurde, mit den Saalbesitzern wegen Ueberlassung ihrer Localitäten zu socialdemokratischen Versammlungen und Vergnügungen

zu unterhandeln. Die Unterhandlungen hatten fast durchgängig ein negatives Resultat. Die Folgen waren eine allgemeine Saalperre und eine Reihe von Publikationen in der „Vollstimme“. Diese und eine strammte Saalbesitzler bildeten die Grundlage für eine Schöffengerichtsverhandlung am 3. Mai, in der sich die genannten Mitglieder der Local-Commission sowie der verantwortliche Redacteur der „Vollstimme“, Baumüller, wegen groben Unflugs verantworten sollten. Das Gericht verurtheilte Cantau zu vier Wochen Haft, Gärtner zu 50 Mark und Baumüller zu 100 Mark Geldstrafe. Schmidt war zur Verhandlung nicht erschienen, da gegen ihn auf Beschluß des Reichstags das Verfahren auf die Dauer der Session eingestellt war. Aus der beinahe fünfständigen Verhandlung ergab sich, daß sich die Saalperre bei den Wirthen sehr fühlbar macht.

Ueber Thema darf nicht gesprochen werden. In Ronneburg referirte über die Bedeutung der Maifester Genosse Lange-Leipzig. Als der Redner nach einigen einleitenden Worten ausführte, daß es bei der heutigen hochentwickelten Technik wohl möglich sei, die Arbeitszeit wesentlich zu verkürzen und dies an einigen Beispielen erläuterte, erklärte der überwachende Obergendarm, dies gehöre nicht zum Thema und habe mit der Maifester nichts zu thun! Als dann der Referent weiter über die Nothwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit sprach und u. A. ausführte, die lange Arbeitszeit degenerire die Bevölkerung dermaßen, daß in einigen Bezirken nur noch ein ganz geringer Procentatz militärtauglich sei, intervenirte der Beamte wiederum und erklärte diese Ausführungen als nicht zum Thema gehörig. Als die Kopf an Kopf stehenden Versammelten diese Auffassung nicht theilten und allgemeine Bewegung sich bemerkbar machte, löste der Beamte die Versammlung auf. So ist die Maifester-Versammlung in Ronneburg zwar etwas programmwidrig verlaufen, aber agitirt hat sie vorzüglich. Hat sie doch gezeigt, welche Summe von Kenntnissen und Einsicht heute von Beamten verlangt wird, die über die wichtigste Bewegung der Neuzeit wachen und bestimmen sollen.

Arbeiterbewegung.

Aus dem nordwestböhmischen Braunkohlen-Revier. Auf allen Werken haben die Begleite durch Delegirte den Verwaltungen das gedruckte Gesuch zustellen lassen, daß die tägliche Arbeitszeit einschließlich der Ein- und Ausfahrt nicht mehr als 8 Stunden betragen soll. Bis zum 15. Mai wird Antwort gefordert. Erfolgt Ablehnung, so wird es allen Anschein nach zum Streik kommen.

Mit einem günstigen Vergleich endete ein zweitägiger Streik der Belegschaften des Karls- und Josephs-Schachtes der (ungarischen) Salgo-Tarjaner Kohlenbergwerk-schaft. Die Arbeiter ermäßigten ihre angeblich „erorbitanten“ Forderungen, worauf eine Verständigung zu Stande kam.

Der Glasarbeiter-Streit im belgischen Industrie-Bezirk Charleroi, der seit Anfang April währt, soll im Abnehmen sein. Nach einer Meldung des Wolffschen Bureaus habe eine größere Zahl der Ausständigen die Arbeit wieder aufgenommen. Man hofft nun, daß der Streit binnen 14 Tagen beendet sein werde.

Ueber den Maurerstreik in Basel wird gemeldet, daß dieser große Ausdehnung angenommen habe. Vier Compagnien der Feuerwehr sollen zur Unterstützung der Polizei aufgeboten worden sein und das Polizeidepartement soll die Ausständigen in einem Aufrufe um Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ersucht haben. Weiter heißt es, die Baumeister hätten beschlossen, die Arbeit auf allen Bauten völlig einstellen zu lassen. Am Sonntag hätten die Maurer in einer Versammlung beschlossen, den Streik mit allen Mitteln so lange als möglich durchzuführen. — Nach dieser vom „Wolffschen Bureau“ verbreiteten Nachricht scheint es bei dem Streik nicht ganz so ruhig zuzugehen, als man es von Schweizer Arbeitern sonst zu hören gewohnt ist. Der socialdemokratische Basler „Vorwärts“ fordert denn auch die Maurer auf, stramme Disciplin zu halten und sich in jeder Hinsicht tadellos aufzuführen; nicht bloß einig und standhaft, sondern auch klug und besonnen zu sein und jeden Anlaß oder Vorwand zu polizeilichem Einschreiten sorgsam aus dem Wege zu gehen.

Das Streikcomitee und der Ausschuß des Arbeiterbundes veröffentlichten folgenden Aufruf: „Die Maurer Basels haben, nachdem ihnen die an die Meister gesuchte Forderung eines den Verhältnissen einigermaßen entsprechenden Minimallohnes von 5 Francs von denselben rundweg verweigert wurde, am 1. Mai beschlossen, die Arbeit niederzulegen und in den Streik einzutreten. Schweizer, Deutsche und Italiener stehen einmüthig zusammen und hoffen wird, die noch Arbeitenden bald auf unsere Seite zu bringen. Da wir zur Durchführung dieser nun angefangenen Sache Geldmittel bedürfen, so richten wir nun an die gesammte Arbeiter-schaft des In- und Auslandes die Bitte, uns nach Kräften zu unterstützen. Für eingehende Beiträge wir öffentlich quittirt. Geldsendungen und Briefe sind zu richten an E. Jankin, Rappoldshof, Basel. Zugang von Maurern nach Basel ist möglichst fernzubalten.“

Aus Holland. Als eine Folge der Maifester ist ein Streik der Textilarbeiter in Enschede zu betrachten. Vierzehn Tage vor dem 1. Mai hatten die Arbeiter einer Fabrik um Urlaub gebeten, um den Weltfeiertag mit begehren zu können. Trotz der wiederholten Weigerung des Fabrikherrn feierte nun doch ein Arbeiter. Als er Tags darauf wieder in die Fabrik kam, wurde er sofort entlassen. Eine erhebliche Anzahl der anderen Arbeiter legte darauf die Arbeit gleichfalls nieder. Die Streikenden sind meist Familienväter. Sie bitten nun dringend die deutschen Arbeiter, den Zugang fernzubehalten und sie auch finanziell zu unterstützen, da die Kräfte der holländischen Arbeiter durch die Unterstützung einer Reihe anderer Streiks stark in Anspruch genommen sind. Zur Ertheilung jedweder Auskunft sind bereit: S. Tenjink und J. Tukveed, beide in Enschede (Holland).

Sociale Ueberblick.

In England soll die Lebenshaltung der großen Masse sich erheblich gebessert haben, wenn man den Behauptungen des Schatzkancellars trauen dürfte, die dieser in seiner

n-Nullen Budgetrede mit besonderem Eifer aufstellte. Da ist vor allem die Mittheilung des Schatzkanzlers, daß der Fleischverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung, der 1884 etwa 110 Pfund betrug, zwischen 1891 und 1894 um 7 1/2 Procent, d. h. auf 119 Pfund gestiegen ist. Natürlich ist darin ausländisches, d. h. aus Australien und Neuseeland importirtes Hammelfleisch inbegriffen. Zu dieser Segnung für den Arbeitmann hat die Abwesenheit der Zollschranken viel beigetragen. Es kommt nicht selten vor, daß gutes australisches Hammelfleisch im Kleinvertrieb für 30 Pf. das Pfund verkauft wird! Als ein weiteres Zeichen des erhöhten Wohlstandes der arbeitenden Klassen erscheint nach Harcourt der zunehmende Verbrauch von Thee und Tabak. Auf beiden liegt ein Zoll, und zwar was den Tabak anlangt, ein sehr hoher Zoll. Gleichwohl hat der Tabakverbrauch eine Zunahme von 3 Procent aufzuweisen. Beim Thee ist die Zunahme von 2 1/2 Procent um so erfreulicher, als Ceilon und Indien zur Zeit 86 Procent des in England verbrauchten Thees hervorbringen. Im Jahre 1894 waren es nur 3 Procent. Daß die wirtschaftliche Lage des wirthschaftlichen Volkes sich ein wenig gehoben hat, verdankt es in erster Reihe seinen Lohnkämpfern. Aber die Vortheile des höheren Lebensmaßstabes beschränken sich zumeist auf die Göttertruppe der qualifizierten und organisirten Industriearbeiterschaft. In den übrigen Fehler der Bourgeoisie sind die Sparsamkeit, welche aber Harcourt, wenn er in dem Wachstumsverhältnissen in den Postämtern, den Sparkassen und sonstigen Anstalten ein Steigen der Lebenshaltung des Volkes sieht. Der Gesamtbeitrag ist zur Zeit 4800 Mill. M. im vorhergehenden Jahre betrug der Ueberdruck der Sparanlagen 320 Mill. M., d. h. 220 Mill. M. mehr als in dem Jahre 1890-91. Die Arbeiterklasse als solche hat von dieser Sparwirtschaft keinen erheblichen Vortheil, die Sparbanken sind nichts als Spantöpfe für das kleine und sichere Deposits für das einen Augenblick der Ruhe bedürftige große Capital. Die große Zahl kleiner Sparer besitzt nur einen sehr kleinen Procentzins des Sparcapitals.

Gerichtliches.

Der Herr mit dem finstern Blick. Ueber eine Wiener Gerichtsverhandlung berichtet das "Cynabla": Ein schöner Tag ist der Privatier August Bannacher ein ganz correcter Mensch, ein tadelloser Charakter, ein Ehrenmann. Bei schlechtem Wetter aber... doch halt, keine Verleumdung. Der Charakter eines Menschen kann doch nicht vom Witterungswechsel abhängen. Und doch ändert sich das Benehmen des Herrn Bannacher bei regnerischem Wetter. Er läuft dann auf der Straße den Frauen nach. Das ist eben das Merkwürdige seiner Naturanlage, daß ihn nur der Regen veranlaßt, sich in Liebesabenteuer zu wagen. Unlängst war Herr Bannacher bei stürmendem Regen einer mit einem Kostüch besetzten Frau nachgesehen, die mit eiserner Consequenz den Herrn nicht bemerken wollte. Er, als sie nach einer langen Wanderung durch eine Anzahl kothiger Straßen vor einem Hause der Brigittenau angelangt und der Privatier ganz dicht auf ihren Fersen war, wendete sie sich um und sagte ruhig und keiserlich: Was wollen Sie denn? Gehen Sie nur den weiten Weg wieder zurück. Sie haben sich stark geirrt! Herr Bannacher zog bösch seinen Hut und wollte den Rath sogleich befolgen, als sich ein Zwischenfall ereignete. Dem Privatier und der Frau nun dem Kostüch war nämlich sehr nahe ein Herr mit finstern Blick und hartem Vollaum nachgegangen, der rath und gerade in dem Moment zu dem Paare trat, als die Frau die erwähnten Worte sprach. "Hierbleiben!" donnerte der Herr dem Privatier an, so leicht kommen Sie nicht weg. Ich kann es nicht dulden, daß unabhängige Frauen auf der Straße molestirt werden. Ich kenne zwar die Frau nicht und auch Sie nicht, aber das macht nichts. Wenn ich solche Vorfälle beobachte, fahre ich herein. Während der angütliche Privatier am ganzen Leibe zitterte, hatte die Frau mit machendem Gruamen die Annäherung des Herrn mit dem finstern Blick angehört und mit Unmuth bemerkt, daß in Folge seiner überlauten Intervention sie einen Scandal witternde Nachbarschaft freudig herbeieilte. Und nun suchte auch der Ehemann der Frau auf, ein hämmiger Schloffer, der aus der Wartung im Hofe kam. Was giebt's denn, Gilt? fragte er seine Frau, und maß die beiden unbekanntem Herrn von oben bis unten. — Der da? — erwiderte Frau Gilt und wies

hierbei auf den Herrn mit dem finstern Blick — ist mir nachgegangen und macht einen Scandal! — So? — grobste der Schloffer und verlegte dem Herrn mit dem finstern Blick eine wichtige Ohrspeise. Diese überraschende Wendung der Angelegenheit benützte der Privatier, um sich mit denkbar größter Beschleunigung zu entfernen. Der Geohrspeise erhob aber ein vehementes Geschrei, doch blieben seine Erklärungen wegen des Freundengeheults, mit dem einige Lehrlinge das Schauspiel begleiteten, unverständlich. Der Schloffer begnügte sich daher, den Herrn einige Augenblicke schreien zu lassen und dann seine Frau lakonisch zu fragen: Soll ich ihm vielleicht noch eine herunterhauen? — „Könnst nicht schaden“, bemerkte die geärgerte Frau Gilt. Der Herr mit dem finstern Blick ließ es jedoch nicht dazu kommen, er lief dem Privatier nach, um ihn als Zeugen für seine Ehrenbeleidigungslage namhaft machen zu können. Er holte ihn ein und so sah man die vom Zufalle zusammengewürfelte Gesellschaft vor dem Einzrichter des II. Bezirks. Dem Verteidiger des wegen thätlicher Ehrenbeleidigung geklagten Schloffers gelang es, die Parteien nach folgendem Modus gütlich zu vergleichen: 1. Privatier Bannacher erklärt feierlich, daß es ihm nicht im Traum eingefallen ist, der Frau irgendwie nahezutreten; 2. der Schloffer leiht Abhilfe und nimmt die Ohrspeise feierlich zurück; 3. der Herr mit dem finstern Blick, der gebeten hat, seinen Namen nicht zu nennen, erklärt, das Thun und Treiben des Privatiers irrtümlich beurtheilt zu haben. Letztere Erklärung aus dem Grunde, weil er sonst noch — von dem Privatier wegen Ehrenbeleidigung verklagt worden wäre.

Dermisches.

Karl Vogt, der Naturforscher und ehemalige Reichsregent, ist am Sonntag in Genf gestorben. Geboren am 5. Juli 1817 zu Gießen, wurde er 1845 von seiner Vaterstadt in das Vorparlament und in die deutsche Nationalversammlung gewählt. In Stuttgart wurde er in die Reichsversammlung gewählt. Er lebte seitdem in der Schweiz. Vogt war ein politisch warmer Mann, nachdem Karl Marx in seiner glänzenden Schrift: Herr Vogt, den wackern Reichsvereiner als Goldschmied des Staatsstreikers Louis Bonaparte und gewerkschaftlichen Verleumder der wirklich revolutionären Elemente von 1848 entlarvt. Vogt befohrte die Geschäfte der Deckerbrände und wurde aus der komischen Genialität des Frankfurter Parlaments der besoldete Agent Napoleons des Kleinen. Dieses Brandmal war unheilbar. Als Naturforscher exploirtete er, ein geschickter Geschäftsmann, den Darwinismus in Büchern und Zeitungsartikeln. In der Baustraße zu Frankfurt war er schon der Lusus des Baldb- und Wienerliberalen; Wilhelm Wolf hat ihn bereits damals richtig gewürdigt.

Das erste **„automatische Restaurant“** Europas befindet sich, wie die „Post“ berichtet, seit kurzer Zeit in Berlin und zwar in der Ausstellung „Italien“ am Zoologischen Garten. Sein Besitzer ist ein Italiener, welcher seit acht Monaten beharrlich Herstellung der zahlreichen Apparate hier weilt. Das automatische Restaurant gewährt mit seinen mechanischen Servisen einen eigenartigen Anblick. Rings herum an den Wänden des Raumes stehen die automatische Schank-Apparate. Gegen Einswurf von 10 Fig. präsentiert der Apparat mit großer Präzision elegante Brötchen, Weine und Vineure aller Art und in bester Qualität, ja sogar ein Köstchen brühen Wolk. Zum Befüllen und Zählen muß nicht erst auf den Kellner gemeldet werden, sogar das Ausschütten der Gläser und Dosen wird mechanisch bewerkstelligt. Zwischen Frühstück das automatische Restaurant bereits jetzt gemietet, läßt sich aus dem Verkauf des letzten Sonntags entnehmen; es wurden 2700 belegte Brötchen, 6000 Gläser Wein und 12,000 Tassen Coffee consumirt.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht der „Volkswacht“.)

Aus dem Reichstago. Die Beratung der Umstrukturvorlage hat nun heute glücklich begonnen, oder besser gesagt, sie hat unglücklich begonnen mit einer auswendig gelernten Rede des Herrn Reichskanzlers, die bald darauf gedruckt im Hause vertheilt wurde. Un-

glücklich war die Rede vom Standpunkte der Regierung und der Vorlage überhaupt. Denn es findet sich darin die epochale Wendung: Ich habe eine zu hohe Meinung von dem Volke der Deutscher, als daß ich es wagen möchte annehmen, es könne die Geistesarbeit eines deutschen Philosophen, es könne der große weltbewegende Kampf der Geister und der Fortschritt der Menschheit gehemmt werden durch gesetzliche Bestimmungen. Man kann sich denken, wie lebhaft die Bewegung war, die diesen Worten folgte und daß jeder Gegner der Vorlage auf diese Worte in seiner Rede zurückkam.

Das Haus war voll besetzt und auf den Tribünen war kein Platzchen leer und die gekommen waren, kamen auf ihre Rechnung, denn es gab eine recht interessante Sitzung. Da der Reichskanzler die allgemeine gehaltene Erklärung abgegeben hatte, gestattete der Präsident, daß auch die Redner aus dem Hause eine bei einer Specialberathung sonst nicht übliche allgemeine Discussion einleiten durften. Im Besonderen stand § 111, welcher die Aufforderung zu Verbrechen und ihre Anpreisung oder Rechtfertigung unter Strafe stellt, zur Debatte. Dr. Barth von der weiblichen Linie des Freisinn war der erste Redner. Herr Ritz gehört nicht zu den Bornirten unter den Wadelstrümpflern, er verfügt sogar auf socialem Gebiet über viel mehr Wissen, als seine meisten Kollegen vom Wassersteiel-Freisinn, vom Nürnberger Beck gar nicht zu reden. Abgeordneter Dr. Barth sagte in Folge dessen auch Vieles, womit sich unser Fractionenredner, Genosse Auer, einverstanden erklären konnte. Dann kam Herr v. Manteloffel an die Reihe, dem als prologischen hochmüthigen Junker die Vorlage noch nicht weit genug geht, der in frivolem Uebermuth Anarchismus und Socialdemokratie nicht unterscheiden kann und unsere Genossen als Sackel hinstellt, die ihre letzten Ziele verbergen. Genosse Auer leuchtete ihm gründlich heim. Es war herzerfrischend, ihm zu hören. Auer war heute besonders gut bei Laune. Mit seinem überlegenen Humor, seiner derben Satire, mit seiner überzeugungsvollen Eindringlichkeit wußte er das ganze Haus in atemloser Spannung zu halten. Seine Rede bildete den Höhepunkt der ganzen heutigen Discussion. Die Abrechnung, die er mit unseren „schwarzen Brüdern“ in der Mitte des Hauses hielt, war kräftig. Die Herren Groeber, Lieber und Genossen fühlten sich allein nicht wohl dabei, während auf allen anderen Seiten des Hauses die Heiterkeit nicht enden wollte. Köstlich mit anzuhören war dann die Abfertigung, die er den Nationalliberalen zu Theil werden ließ und warm wurde man bei den Schlafausführungen, die sich mit dem Bürgerkriege beschäftigten. Herrn Schmidt, der das Präsidium führte, muß sogar heiß geworden sein, denn er zappelte auf seinem Hochsitz hin und her und seine Aufregung entlud sich in einem Ordnungsruf, der so unmotivirt als möglich war. Es ist die alte Erfahrung, die wir schon bei Herrn v. Jordanbeck gemacht haben. Es giebt keinen nervöseren Menschen, als einer sogenannten Freisinnigen, dem die Präsidentenwürde in den Kopf gestiegen ist. Als Herr Schmidt übrigens wieder nüchtern wurde, soll er sein Unrecht eingesehen haben und er will morgen eine dahingehende Erklärung abgeben. Nach der Rede Auers war das Interesse so ziemlich erschöpft. Der Kriegsminister ließ (weiteren Reichstag siehe Beilage.)

Größte und billigste Hutfabrik **Gustav Nowak**
Friedrich Wilhelm-Strasse, Ecke Königs-Platz

Maifest = Zeitung
ist noch eine kleine Anzahl vorräthig und zum Preise von 10 Pf. pro Nummer zu beziehen.
Expedition der „Volkswacht“.
Emil May's Buchdruckerei
Breslau, Nicolaistraße 66
empfiehlt sich zur Anfertigung sämtlicher Buchdruck-Arbeiten bei sauberer Ausführung zu soliden Preisen.
Merke die Partei-Genossen besonders aufmerksam, daß während meiner Geschäftsreise das Geschäft weitergeführt wird.

Goetz Söhne
Kinderwagen-Fabrik
49 Albrechtsstraße 49
Größtes Kinderwagen-Lager
und billigste Preise.
Patent-Kinderstühle.
Verkauf einzeln zu Fabrikpreisen.
Für jeden Kauf prüfe man erst unsere Preise.

Musik-Instrumente.
Alle Bläser, Streich- u. Schlag-Instrumente, Spieldosen zum Drehen u. selbstspielend, Musik-Automaten fertig.
R. Cohn, Kupfer- u. Schmelz-17.
Früher Schellfisch
per Pfund 15 Fig.
zum Braten, empfiehlt
J. M. Kahmann,
Neumarkt 12.

Arbeiter Breslaus!!
Mein Herrre- und Kassen-Garderoben-Geschäft
befindet sich
jetzt nur
Kupferschmelde-Strasse 31
D. Juliusburger.

Zur Frühjahrswäsche
empfiehlt meine an Güte unübertroffenen Kernseifen
zu ermäßigten Preisen.
Rudolph Balhorn, Seifenfabrik
3717
Ecke Neumarkt-Str.
Zähler: Kreuz-Straße 12. 5 und Friedrich-Wilhelm-Str. 73.

Sobald erschienen:
Die Ziele
der socialdemokr. Partei.
Vollständig entwickelt von
Gustav Kessler
Preis 15 Fig.
zu beziehen durch die Exped. d. Bl.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

einen faulen Witz vom Stapel. Abg. Ennecerus zeigte, daß die Mechanik der Drehscheibe seiner Partei in besserer Verfassung ist. Abg. Reindl vom Centrum erklärte, daß seiner Partei die Commissionsbeschlüsse vielfach noch nicht weit genug gingen. Munkel exemplifizierte auf Schiller und die Klassiker. Schließlich gab Abg. Zimmermann noch ein paar antikemische Witze zum Besten. Zur Abstimmung über § 111 kam es noch nicht. Soviel wurde schon heute klar, die Vorlage wird nicht Gesetz werden. Uebrigens hat das Centrum in der gestrigen Fraktions-sitzung beschlossen, an dem Beschlüssen der Commission unbedingt festzuhalten.

87. Sitzung vom 8. Mai, 1 Uhr.

Haus und Tribünen sind gut besetzt. Das Haus tritt in die zweite Lesung der Novelle zum Strafgesetzbuch, zum Militärstrafgesetzbuch und zum Pressegesetz (sog. Umsturzvorlage).

Art. I. der Vorlage umfaßt die Aenderungen des Strafgesetzbuchs.

§ 111 stellt die Aufforderung einer Reihe von Verbrechen der Anstößigkeit gleich.

Reichskanzler Fürst Hohenlohe. (Auf der Tribüne schwer verständlich): Bestatten Sie mir, gleich zu Beginn der Diskussion einige allgemeine Bemerkungen zu machen, um meine Ansichten vom allgemeinen Gesichtspunkt aus zusammenzufassen. Schon bei der ersten Lesung habe ich darauf hingewiesen, daß die Vorlage nicht hervorgegangen ist aus theoretischen Erwägungen, sondern daß sie auf Anlaß der sich mehr und mehr geltend machenden Ueberzeugung eingebracht ist, daß die Grundlagen des religiösen und sittlichen Lebens, daß die Achtung vor den Einrichtungen des Staates, daß der Gehorsam gegen Gesetz und Obrigkeit im Schwanden ist. Eine Umkehr schien möglich, wenn Maßregeln getroffen würden zur Wiederherstellung und Festigung des Gefährdeten. Je größer die Besorgnis vor anarchistischen Ausschreitungen war, um so härter trat an die Regierungen die Forderung heran, die bürgerliche Gesellschaft zu schützen. Als nun die verbündeten Regierungen, dieser Forderung entsprechend, die Reform des gemeinen Rechts in Angriff nahmen, konnten sie sich der Hoffnung hingeben, daß sie der Zustimmung wenigstens der Kreise sicher sein würden, die am lautesten nach Schutz gerufen. (Lachen links.) Diese Hoffnung, die auch nach der ersten Lesung begründet schien, ist leider nicht in Erfüllung gegangen. Im Laufe der Commissionsverhandlungen vermehrten sich zusehends die Feinde der Vorlage. Anträge wurden in der Commission gestellt, welche die Tragenden der Vorlage zu entlasten. Der Reichsregierung wurde von diesen der Vorwurf gemacht, daß sie die Geistesfreiheit des deutschen Volkes beschränken wolle, während die Vorlage doch nur beschimpfende Aeußerungen unter Strafe gestellt sehen wolle, die wir nicht dulden wollten und konnten. Ich verstehe überhaupt die Herren nicht, welche Entrüstungs-Versammlungen abhalten. Ich habe eine zu hohe Meinung von dem Volke der Decker, um anzunehmen, daß die geistige Arbeit von Philosophen, daß der große, weltbewegende Kampf der Geister, daß der Fortschritt der Menschheit gehemmt werden könnte durch gesetzliche Bestimmungen. (Zustimmung rechts.) Was den § 111 anbelangt, so hatte die Regierung nur eine Stärkung der Staatsgewalt im Auge. Die Commissionsmitglieder haben das Hauptgewicht auf Religion und Sitte gelegt. Sie hat die Bestimmung über den gewaltsamen Widerstand gegen die Staatsgewalt ausgeschieden und damit den Paragraphen für uns wertlos gemacht. Ich freue mich daher, daß der Abg. v. Ledebew einen Antrag auf Wiedereinfügung dieser Bestimmung eingebracht hat, und ich darf mich der Hoffnung hingeben, daß Sie in diesem Punkte die Regierungsvorlage wiederherstellen werden. Ich kann Sie darum nur dringend bitten, daß Sie der Regierung damit ein Mittel in die Hand geben, um den revolutionären Tendenzen wirksam entgegenzutreten.

Abg. Dr. Barth (frei. Vgg.). Die Erklärung des Reichskanzlers giebt uns die erfreuliche Gewißheit, daß die Regierung im Großen und Ganzen darauf verzichtet wird, ein derartiges Gesetz wie das Umsturzgesetz durchzubringen. Darin hat der Reichskanzler Recht, diese Vorlage wird, mag sie nun angenommen werden oder nicht, den Fortschritt der Menschheit nicht aufhalten. Aber die Regierung sollte dann auch nicht den Versuch machen, den Fortschritt der Menschheit aufhalten zu wollen. Der § 111 will die Aufforderung zu Verbrechen mit Gefängnis bis zu drei Jahren bestrafen. Es sind aber bei uns Aufforderungen zu Verbrechen mit höchst selten vorgekommen. Gleiche Strafe soll denjenigen treffen, der zu einem Verbrechen oder Vergehen dadurch anreizt, daß er eine solche Handlung anpreist oder rechtfertigt. Die Fassung ist sehr unklar und es bleibt fast Alles dem subjectiven Ermessen des Richters anheimgestellt. Wie soll der Richter entscheiden, ob eine Glorification eines Verbrechens vorliegt, die „geeignet erscheint“ zu dem gleichen Verbrechen anzureizen. Der Richter wird sich da von seinem Zeugniss, von seiner politischen Ueberzeugung leiten lassen, er wird auch den Angeklagten nach dessen politischer Ueberzeugung und einem socialdemokratischen Redner z. B. am leichtesten verurtheilen. Ich habe, um diese Unklarheit zu beseitigen, den Antrag gestellt, eine Bestimmung einzufügen, nach der die Anpreisung nur dann strafbar sein soll, wenn dem Angeklagten die Absicht nachgewiesen werden kann, durch die Anpreisung zur Begehung der bezeichneten strafbaren Handlung anzureizen. Würde dieser Antrag angenommen, so wäre § 111 in solcher Form für uns das kleinere Uebel. Principiell würde ich aber auch dann bei meiner ablehnenden Haltung gegen den § 111 verbleiben. (Weiterkeit.) Es liegt immer die Gefahr vor, daß überall, wo einmal die subjective Rechtsauffassung mit der objectiven in Widerspruch geräth,

eine Aufreizung zum Unrecht gefunden werde. Solche Konflikte kommen aber in allen dramatischen Werken vor, von der Antigone des Sophokles bis zu Hauptmanns Webern. Würde nun vielleicht auch gegen klassische Dramen nicht vorgegangen werden, so wären doch sicher auftretende dramatische Talente leicht der Verfolgung ausgesetzt. Aber auch klassische Werke könnten durch den Ort, wo sie aufgeführt werden, durch die Art, wie man sie dem Publikum darstellt, gewiß einmal aufreizend wirken. Ich erinnere nur an Schillers Tell. In einem socialdemokratischen Volkstheater könnte die Scene, in welcher der Mord glorifiziert wird, namentlich wenn sie, aus dem Zusammenhang gerissen, von den Darstellern recht passend durchgeführt wird, leicht aufreizend wirken. Aber auch im praktischen Leben kann manches vorkommen, das einer Aufreizung ähnlich sieht. Ich erinnere nur an die Zuchtschüler Vorgänge. Die strafbaren Handlungen der dortigen Bauern, werden im Allgemeinen so sehr entschuldigt, daß es eine Härte sein würde, die gegen sie erkannten Strafen zu vollstrecken. Giebt die Presse dem Ausdruck, so könnte sie auf Grund des § 111 belangt werden, das ist eben der Anlegen solcher Bestimmungen, wie man sie hier vorschlägt, daß sie nicht nur zum Ausrotten des Unkrautes gehandhabt werden, sondern daß zugleich der aussprossende Weizen mit vernichtet wird. Deshalb ist es immer besser, man sieht von solchen Bestimmungen überhaupt ab und spannt den Rahmen der Bewegungsfreiheit möglichst weit. Man will mit der Vorlage nur die anarchistischen Schriften treffen. Die Bedeutung derselben ist aber in Deutschland äußerst gering, ihre Wirkung auf das Volk kann man getrost als gleich Null bezeichnen. Man weiß ferner auf die socialdemokratischen Agitationschriften hin. Aber es unterliegt doch keinem Zweifel, daß ein socialdemokratischer Führer, namentlich wenn er noch jung in die Agitation tritt und nicht allzuviel Bildung mitbringt, leicht zu Uebertreibungen neigt und zu Kraftworten greift, die an sich nichts bedeuten. Die Herren kommen ja auch sämmtlich mit den Jahren von dieser Art Kraftmeierei zurück. Man kann daher mit gutem Grund annehmen, daß jene Gewaltthaten überhaupt keinen thatsächlichen Hintergrund haben. Friedrich Engels selbst, eine anerkannte socialdemokratische Autorität, hat noch kürzlich geäußert, daß die Socialdemokraten nichts Thörichteres thun könnten, als sich einer Gewaltpolitik zuzuwenden, schon aus dem einfachen Grunde, weil sie dadurch den Gegnern in die Hände arbeiteten. Ich glaube deshalb auch den Versicherungen unserer socialdemokratischen Führer, daß sie an kein gewaltthätiges Vorgehen denken. Sie wird sich vielmehr zu einer Art Reformpartei entwickeln. Um so mehr sollte man daher zurückzusehen, durch Gesetze, wie das vorliegende, dieser naturgemäßer Entwicklung entgegenzuarbeiten. Wir glauben daher durchaus im Interesse der Gesamtheit zu handeln, wenn wir uns nicht auf den Boden einer solchen Gesetzgebung stellen. Ich bitte Sie daher, das Umsturzgesetz abzulehnen, vor allem aber den § 111 nicht zuzustimmen. (Beifall links.)

Abg. Frhr. v. Mantuffel (cons.): Dem Vorredner ist schon in der Commission entgegengehalten worden, daß die Ziele von Anarchisten und Socialdemokraten sich im Allgemeinen decken. Wenn man z. B. hier die Möstliche „Freiheit“ auslegt, so wäre das sicher den Socialdemokraten sehr unangenehm, da weite Kreise über diese Ziele aufgesteckt würden. In sich würde damit die Socialdemokratie ebenso wenig an Gefährlichkeit verlieren, wie seit Aufhebung des Socialistengesetzes. Wenn der Anarchismus bei uns noch keinen größeren Boden gewonnen hat, so liegt das nur daran, daß das deutsche Volk noch zu christlich gelonnen ist, und daß wir eine starke Armee haben. — Zu § 111 haben wir den Antrag eingebracht, zu den unter ihm fallenden Paragraphen auch die Paragraphen 113 und 114 hinzuzufügen. Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen. Sollten Sie das nicht thun, so würden wir für den § 111 nicht stimmen können, damit würde aber wahrscheinlich das ganze Gesetz für uns wertlos sein. Wir haben über die Umsturzvorlage wenig Freude gehabt, noch weniger als in der ursprünglichen Form an der aus der Commission hervorgegangenen. Viel wichtiger als diese Vorlage wäre sicher die schleunige Einbringung der Brieferreform und der neuen Spiritussteuer gewesen. An der Umsturzvorlage haben uns nicht einmal die militärischen Bestimmungen befriedigt, sie geben uns lange nicht weit genug. Sollte nichts zu Stande kommen, so wäre das doch kein unbefriedigendes Resultat, denn es wäre dadurch bewiesen, daß es nicht möglich ist, auf dem Boden des gemeinen Rechts die subversiven Tendenzen zu bekämpfen. Man hat von einem liberal-conservativen Bündnis gesprochen, ohne jeden Grund, denn daß es nicht vorliegen kann, beweisen die Anträge, die wir zur zweiten Lesung gestellt haben. Wir haben nur etwas zu Stande zu bringen gesucht, weil wir dem Ruf des Kaisers zum Kampf für Religion, Sitte und Ordnung folgen wollten. Wir halten es deshalb auch für nöthig, die Waffen, welche der Regierung in der Commission zum Vergehen gegen die schleichende Revolution entworfen worden sind, ihr wiederzugeben. Deshalb beantragen wir, die Paragraphen 113 und 114 wieder einzufügen, und bitten Sie, diesen Antrag anzunehmen. (Beifall rechts.)

Abg. Auer (soc.): Meine Herren, die Situation ist augenblicklich die, daß es keiner geben haben will (Weiterkeit). Jeder weiß es von sich ab und besonders diejenigen, die, um mit dem Herrn Reichskanzler zu reden, vorher die lautesten Schreier waren. Man hat so lange nach einer derartigen Vorlage geschrien, daß man sich selbst dabei überlagert hat. Man hat sich an Worten herabgelassen und nicht daran gedacht, was dies Schreien wohl für Folgen haben könnte. Jetzt wo das Kind ausgerragen ist und vor uns liegt und die ultramontane Amme dabei steht, die es dick und fet gezeugt hat, jetzt erklären die Vater und Schreier nach diesem Geheiß: Von diesem Wechselbalg wollen wir um Gottes Willen nichts wissen. (Große Heiterkeit.) Wir sind ja darüber, daß es so gekommen ist, nicht böse. (Große Heiterkeit.) Wenn

aber der Herr Vorredner in seiner Erklärung, die durchaus nicht darnach angethan war, der Vorlage in ihrer jetzigen Gestalt zur Annahme zu verhelfen, seine Bereitwilligkeit ausgesprochen hat, die Ziele der Vorlage durch ein U.S. namengehelt anzustreben, so möchte ich doch auch davor warnen. Ist Ihnen diese Vorlage schon schlecht bekommen, eine zweite dürfte Ihnen vielleicht noch schlechter bekommen. (Sehr richtig bei den Socialdemokraten.) Täuschen Sie sich nicht, meine Herren, das, was Sie erreichen wollen, die große Arbeiterbewegung aus der Welt zu schaffen, das werden Sie nie erreichen! (Sehr richtig! Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Und wenn Sie Vorlagen machen, welche Sie wollen. Mit den Dingen müssen Sie rechnen und je klarer und vorurtheilsloser Sie dieser großen in allen Cultur-dältern sich zeigenden Bewegung gegenüber treten, desto besser für Sie! Der Herr Reichskanzler hat vorhin eine Aeußerung gethan, die auch wir unterschreiben können und von der es uns nur überrascht hat, daß sie bei dieser Gelegenheit gethan werden konnte. Der Leiter der deutschen Reichspolitik meinte: Der Geistesfortschritt kann nicht durch Gesetze gehemmt werden. Das ist richtig. Wenn man aber diese Ueberzeugung an leitender Stelle hat, wie kann man sich dann überhaupt dazu entschließen, einen Geistesentwurf, wie den vorliegenden, einzubringen? (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wenn Sie überzeugt sind, daß der Geistesfortschritt durch gesetzliche Gewaltmaßnahmen nicht aufgehalten werden kann, warum stellen Sie sich diesem Fortschritt dann in den Weg mit ein Paar papierenen Paragraphen? Gewiß kann der Geistesfortschritt nicht aufgehalten werden, aber sagt nicht ein Mann, der von solchen Dingen auch etwas verstand, der große Goethe, daß man von je die Besten freuzigt und verbrannt hat? So ist es auch hier. Der Geistesfortschritt kann man nicht aufhalten, aber man kann diejenigen, die ihm dienen, in der grausamsten Weise mißhandeln und hat sie zu allen Zeiten mißhandelt. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Eine Er-rungenschaft unseres Zeitalters sollte es sein, daß damit ge-brochen wird. Der Herr Reichskanzler hat nicht gerade respektvoll von der Protestbewegung gesprochen, deren Zeugen wir ja in den letzten Monaten gewesen sind. Ich will nun für meine Parteigenossen erklären, daß wir dieser Protest-bewegung auch mit sehr geneigten Gefühlen gegenüberstehen, schon deshalb, weil die Betheiligten an dieser Protestbewegung eigentlich eine sehr bunte Gesellschaft sind. (Weiterkeit.) Alles Mögliche und Unmögliche ist dabei gewesen. Es haben sich die entgegengesetztesten Elemente zusammengefunden. Unter diesen Protestlern hat es solche gegeben, die gegen die Vor-lage sind, weil sie ihnen nicht genug bietet. Wir wissen, daß unter den Protestlern — und das ist wohl der Haupttheil derselben — solche sind, die nur gegen ihren kirchlichen An-strich protestieren, und es giebt endlich eine kleinere, die beste Gruppe darunter, die gegen diese, wie gegen jede derartige Vorlage protestiert haben. Das sind die principiellen Gegner. Von anderer Seite freilich wird über die Protestler anders geurtheilt. So habe ich erst in diesen Tagen in dem leitenden Organ der Centrumpartei, der „Germania“, ge-lesen, daß diese Protestler eigentlich gar nichts anderes sind, wie lauter Freimaurer! (Große Heiterkeit.) Das ist ja die bekannte Geschichte. Was den Ultramontanen nicht paßt, rangieren sie unter die Freimaurer. Sie wissen eben, daß ihr Gesehe, sobald sie erklären, das wäre wieder freimaurerische Sache, blind gegen Alles ist, was von dieser angeblich frei-maurerischen Seite kommt! In protestantischen Kreisen ist es umgekehrt so mit den Jesuiten. Da ist der Jesuit der Bauwau! (Große Heiterkeit.) Freimaurer und Jesuiten! Diese beiden Gegensätze vereinen sich nur dann, wenn der dritte Bauwau kommt, der Socialdemokrat! (Große Heiterkeit.) Es ist ja eine alte Geschichte, um das Wort des früheren Reichskanzlers zu wiederholen, daß der Deutsche nur Gott fürchtet und außerdem noch die Socialdemokraten. (Weiterkeit.) — Das Product dieser Furcht ist nun die Vorlage. Durch eine eigenthümliche Constellation der Parteien im Hause ist es der größten und stärksten Partei gelungen, dieser Vorlage ihren Charakter aufzubrüden, und ich mache dem Centrum daraus keinen Vorwurf. Im Gegentheil, ich würde dem Centrumpartei wirklich die schlechte Führung, die sie dem Tode ihres großen Führers Windthorst ihr von diesen Seiten nachgeschlag wird, ebenfalls nachsagen, wenn sie diese Gelegen-heit nicht benutzt hätte, der Vorlage ihren Stempel aufzu-drücken. Wenn es Leute giebt, die sich jetzt darüber wundern, daß es so gekommen ist und nun da sitzen, wie die betrübten Vohgerber, denen die Felle fortgeschwommen sind (große Heiterkeit), so beweist das eben nur die politische Kurz-sichtigkeit jener Staatsmänner, die da glauben, allen Ver-stand in sich aufgenommen zu haben. (Große Heiterkeit und Sehr gut! b. d. Sociald.) Wir wundern uns darüber wahrlich nicht. Ich habe es nicht anders erwartet und als Mitglied der Commission habe ich mit einem gewissen Wohl-behagen zugehört, wie so langsam diejenigen, die erst die Vorlage als den Ausdruck höchster staatsmännischer Weisheit verteidigten, langsam Paragraph um Paragraph — Sitzung um Sitzung, den Geschnack daran immer mehr verloren, ihn so verloren, daß sie bei den letzten Sitzungen gar nicht mehr anwesend waren. (Große Heiterkeit.) Umgekehrt konnte man freilich beobachten, daß diejenigen Herren, die zuerst sehr wenig oder gar nichts von der Vorlage wissen wollten, sehr langsam an der verbotenen Frucht Geschnack fanden. (Weiter-keit.) Und sie haben ihren Willen ja auch erreicht und in sofern ist die Geschnacksveränderung ja begreiflich. Augen-blicklich freilich scheinen mir die Dinge so zu stehen, daß auch diesen Herren der Geschnack an der Vorlage wieder verloren gehen kann, und zwar komme ich zu diesem Schluß durch die Erklärung des konservativen Redners: Herr v. Ran-teuffel hat erklärt, daß wenn die §§ 113 und 114 — vor allem der erstere, die von dem Widerstand gegen die Staatsgewalt handeln, nicht in den § 111 aufgenommen werden, für seine Partei der § 111 nicht mehr annehmbar sei und damit wahr-scheinlich auch die ganze Vorlage. Da tritt an mich die inter-essante Frage heran: wie wollen die Herren aus der Mitte, die augenblicklich... Pathen der Vorlage, diese Auf Knaden? (Große Heiterkeit.) Darauf bin ich neugierig, wie diese Auf-zertheilt werden kann, so daß beide Theile zu ihren Rechten

Bresse würde beständig bedroht sein. Ebenso unannehmbar sei seiner Partei der Antrag Lebehorn-Manteuffel. Für den Antrag Barth könne sie dagegen stimmen.

Hbg. Reinhold (Centr.): Die Vorlage in ihrer ursprünglichen Gestalt beschränkt sich auf den Kampf für die Ordnung und Sitte; wir sind bemüht gewesen, in ihr auch Mittel zum Kampf für die Religion zu schaffen. Wir werden daher für den § 111 stimmen. Bezüglich der ganzen Vorlage habe ich zu erklären, daß auch uns die Commissionsbeschlüsse nicht ganz genügen. Wir müssen uns daher die endgültige Abstimmung vorbehalten. (Große Heiterkeit.)

Hbg. Münkel (frei. Volksp.): Die Erklärung des Vorredners zeigt, daß die Vorlage eigentlich seiner Partei mehr gefällt. Viel Freunde hat sie von vornherein nicht gehabt. Ich hoffe, die Abstimmung über § 111 wird schon das Schicksal der ganzen Vorlage besiegeln, und daß dieses Schicksal ein negatives sein wird, läßt sich mit einiger Sicherheit voraussehen. § 111 enthält eigentlich so recht das Wesen der Vorlage. Er giebt zunächst eine harmlose Bestimmung, die den Herren Polen gefällt, nach der eine erfolgreiche Anreizung schärfer bestraft werden soll. Ich werde auch dafür nicht zu haben sein, denn man soll die Strafe für den Anreiz nicht nach der Schwere des Verbrechens beurtheilen, zu welchem angereizt worden. Der Paragraph will aber weiter die Anreizung zu bestimmten Verbrechen auch dann bestrafen, wenn sie ohne Erfolg geblieben, und zwar nicht mehr einfach mit Geldstrafe oder Gefängnis bis zu einem Jahre, sondern unbedingt mit Gefängnis bis zu drei Jahren. Dabei wird dem Richter und seinem Ermessen ein sehr weiter Spielraum gelassen. Auf Grund des § 111 werden gegen Schürer wegen seiner „gefährlichen“ Räuber gerichtlich eingeschritten werden können. Er hätte vielleicht zwei Jahre Gefängnis bekommen. Hätte er dann nach Verbüßung derselben gar noch den Fiesco veröffentlicht, wie viel hätte er dann als rückfälliger Verbrecher erhalten? (Heiterkeit.) Dem conservativen Antrage können wir ebenso wenig zustimmen, wie der Commissionsfassung. Der Antrag Barth scheint mir etwas Selbstverständliches zu bestimmen und daher überflüssig zu sein. Ich bitte Sie, den Paragraphen und die Anträge abzulehnen.

Hbg. Zimmermann (Reformp.) erklärt, seine Freunde seien nicht in der Lage, der Vorlage zuzustimmen, mit Ausnahme allenfalls der sogenannten Militärparagraphen. Sie seien der Ansicht, daß sich große geistige Kämpfe durch Gesetze nicht verhindern ließen. Er wundere sich, daß der Reichskanzler nicht sogleich die Vorlage zurückgezogen habe, für die doch niemand mehr die Verantwortung übernehmen wolle. Den § 111 erklärte er für unannehmbar, ebenso den conservativen Antrag; dem Antrag Barth könne er eventuell zustimmen, aber er sehe in demselben nur das kleinere Uebel. Mit den Socialdemokraten könne man auf anderem Wege, als dem der Ausnahmegeetze, fertig werden. Für die Befreiung der socialdemokratischen Partei würden schon die Staatsbürger jüdischen Glaubens sorgen, die die Partei in ihren Reihen habe. (Heiterkeit.)

Hbg. v. Salisch (cons.) erklärt alle an den § 111 und den conservativen Antrag geknüpften Bedenken für unhaltbar. Voraussetzung der Strafbarkeit sei eben das Bewußtsein.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt. Schluß 5 Uhr 15 Min.

Locales.

Breslau, den 9. Mai 1895.

* Mit der Erhebung der Gemeindesteuern ist in Breslau immer noch nicht begonnen worden, trotzdem die bezüglichen Beschlüsse der städtischen Behörden seit Wochen gefaßt sind. Seitens des Magistrats wird nunmehr darauf hingewiesen, daß die Nichterhebung der Steuern darin ihren Grund hat, daß die Beschlüsse der städtischen Behörden die gesetzlich vorgeschriebene Genehmigung der Staatsaufsichtsinstanzen bisher noch nicht gefunden haben. Ehe diese Genehmigung erteilt ist, ist der Magistrat nicht in der Lage, mit der Steuererhebung zu beginnen.

* Achtung Müller! Sonntag, den 12. Mai, Nachmittags 4 Uhr, findet in Eblichs Brauerei „zu den drei Tauben“, Neumarkt 8, eine öffentliche Müllerversammlung statt, welche sich mit der Frage der Sonntagsruhe im Müllergewerbe und der Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweise-Bureau beschäftigen wird. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist angesichts der Wichtigkeit der Tagesordnung dringend notwendig.

* Stadt-Theater. Heute, Donnerstag, geht die komische Oper „Der Wildschütz“ von A. Lortzing in Scene. Morgen, Freitag, geht zum ersten Male die vieractige Oper „Die schwarze Kaschka“, Text von Victor Blüthgen, Musik von Georg Jasno, in Scene. Die Oper, deren musikalischen Theil Herr Capellmeister Weintraub leitet, wird von Regisseur Elmblad inscenirt.

* Thalia-Theater. Der Regisseur und Komiker Oscar Will begeht auch in diesem Jahre, und zwar am nächsten Sonntag, seinen ihm von der Direction bewilligten Benefiz- und Ehrenabend. Der zur Auführung gelangende Schwank „Ein toller Einfall“ und die Alpen Scene „Das Versprechen hinterm Herd“ verbürgern einen heiteren Abend.

* Raubanfall. Als am 4. d. Mts., Abends, ein Kürschnergelle von Oswitz aus über die Posener Brücke ging, wurde er von zwei Männern plötzlich an-

gefallen, die ihn am Halse faßten und zu Boden warfen. Da sich der Ueberrallene energisch zur Wehr setzte, schleuderten ihm seine Angreifer eine handvoll Sand in die Augen, so daß er für kurze Zeit wehrlos war. Währenddessen entriß ihm dieselben ein Portemonnaie mit 14,35 Mark und ergriffen die Flucht, auf der sie unerkannt entkamen.

* Polizeiliche Nachrichten. Verhaftet wurden am 7. d. Mts. 33 Personen. — Abhanden gekommen: ein goldener Trauring, gez. A. N. 20. 10. 83, eine goldene Damenuhr, ein Portemonnaie mit 16 Mk. — Gefunden wurde ein Coupon über 12 Mk.

Schlesien.

* Ohlau, 8. Mai. Die Pächter einer großen Anzahl städtischer Ackerlöose, die durch das letzte schwere Hochwasser und die Damnbrüche erheblichen Schaden gelitten haben, sind um Aufhebung der Pachtverträge oder um Pächterklasse eingekommen. Der Magistrat wurde ermächtigt, im Einvernehmen mit der Forst- und Oeconomie-Deputation die Entscheidung zu treffen. — Die Bauhätigkeit hier selbst ist in diesem Jahre ziemlich rege.

* Görlitz, 8. Mai. Wegen Majestäts-Beleidigung wurde der Fabrikarbeiter Gustav Knebel aus Marklissa von der hiesigen Strafkammer zu 6 Monaten Gefängnis verurtheilt.

* Schweidnitz, 8. Mai. Mit Bezug auf die kürzlich von der „Schles. Ztg.“ gebrachte Mittheilung, daß Project einer elektrischen Straßenbahn von Schweidnitz über Waldenburg-Freiburg und zurück nach Schweidnitz habe durch eine ministerielle Entscheidung so sehr an Rentabilität verloren, daß ihr Zustandekommen so gut wie ausgeschlossen sei, stellt das „Schles. Tgbl.“ fest, daß die betreffende ministerielle Entscheidung sich überhaupt gar nicht auf jenes oben erwähnte Project beziehe, sondern, wie der Regierungspräsident v. Heydebrand und der Vasa der Firma Kramer u. Co. in Berlin mitgetheilt hat, auf ein Kleinbahnproject von Dittersbach über Waldenburg-Sorgau-Niedersalzbrunn-Hermisdorf-Waldenburg. Das „Schles. Tgbl.“ theilt ferner mit, daß eine Entscheidung des Ministers betreffs dieser Bahn noch nicht erfolgt ist.

* Pleß, 7. Mai. Ein wildernder Primaner. Der Primaner W., ältester Sohn des fürstlichen Oberförstlers W. von hier, stand am vergangenen Sonnabend vor der hiesigen Strafkammer, um sich wegen Jagdvergehens, begangen durch die Ausübung der Jagd auf dem Bruno Kucz in Wiedyna gehörigen Jagdterrain, zu verantworten. Das Schöffengericht hatte den jugendlichen Angeklagten freigesprochen, die Strafkammer aber verurtheilte ihn zu einer Geldstrafe von 10 Mark.

Neueste Nachrichten.

— Berlin, 8. Mai. Nach Beendigung der Beratung der Umsturzgesetzesvorlage wird der „Börsen-Ztg.“ zufolge, die zweite Lesung des Tabaksteuergesetzesentwurfs im Plenum des Reichstages stattfinden. Dieselbe wird nur kurze Zeit in Anspruch nehmen, da die große Mehrheit des Reichstages dem Commissionsantrag beitreten wird. Da, wie aus bester Quelle verlautet, der Reichstag am 23. Mai vertagt wird, werden somit wichtige Gesetzesvorschläge nicht mehr zur Erledigung kommen.

— Die Commission des Reichstages für den Antrag Kanitz lehnte mit 13 gegen 12 Stimmen die Resolution Schwerin ab, welche befragt, die Commission billige im Allgemeinen den Zweck des Antrages Kanitz.

— Zwei Schneider, Krebs und Töbs, die der Polizei angeblich als gefährliche Anarchisten bekannt sind, wurden gestern plötzlich verhaftet. Als Ursache der Verhaftung wird gemeldet, eine Frauensperson erkrankte gegen Töbs Anzeige, daß derselbe im vorigen Jahre gemeinschaftlich mit Krebs ein Attentat gegen eine hochstehende Persönlichkeit geplant habe. Beide hätten in Töbs' Wohnung Sprengstoffe fabricirt und zwei Flaschen davon im Friedrichshain vergraben. Auch hätten sie Versuche im Freien veranstaltet und darauf ihre mit Brandstücken beschädigten Manchetten vernichtet. Die Verhafteten leugnen und behaupten die Denunciation sei lediglich ein Racheact. Die Frauensperson verhartete jedoch bei ihrer wiederholten Vernehmung auf ihren Aussagen. Eine Hausdurchsuchung bei den Verhafteten blieb resultatlos. — Die Geschichte ist recht dunkel, kommt aber gewissen Leuten zur zweiten Beratung des Umsturzgesetzes sicher sehr gelegen. Man denke nur: Bombenfabrication, Attentat gegen eine hochstehende Person u. s. w. Wenn das nicht hilft, hilft gar nichts mehr!

— Die die Versammlung überwachenden Polizeibeamten sollen eine neue Dienstausweisung erhalten, um gegen beleidigende Vorwürfe von Rednern oder in Resolutionen gegen Unternehmer sofort einschreiten zu können. Welche partei Rucksicht gegen das Capital!

— Potsdam, 8. Mai. Der Regierungspräsident ließ die Ortspolizeibehörden anweisen, daß alle Vereine, die neben anderen auch politische Erörterungen pflegen, der Beschränkung unterliegen, daß Frauen, Lehrlinge und Kinder auch den Vereinsvergaltungen nicht mehr beimohnen dürfen. Ob das auch gegen Kriegervereine

und sonstige „patriotische“ Gesellschaften gehandhabt werden wird?

— Wien, 8. Mai. Einer Meldung der Blätter aus Brunn zufolge explodirte gestern Abend im Vorgarten eines Gasthauses eine Bombe. Niemand wurde verletzt. Schaden ist nicht angerichtet worden. Es sind Anzeichen vorhanden, daß das Attentat von den Thätern, welche auch die drei vorhergehenden Attentate verübten, ausgeführt wurde. — Also auch dort knallt es! Nun müssen wir doch ein Umsturzgesetz haben?

— Budapest, 8. Mai. Die Ortschaft Galszucz im Zempliner Comitai ist zum größten Theil niedergebrannt. 150 Häuser und drei Kirchen wurden eingeeigert.

— Belgrad, 8. Mai. Berichte aus unterrichteten Kreisen stellen eine neue politische Wendung in Serbien als zwar nicht sicher, aber immerhin wahrscheinlich in Aussicht. Die wichtigste Ursache läge im Verlaufe der letzten Skupschina-Session, insbesondere in der Ablehnung der Anleihe durch die Fortschrittspartei, wodurch die Stellung des gegenwärtigen Ministeriums trotz des späteren Vertrauensvotums der Skupschina erschüttert und zwischen König Alexander und der Fortschrittspartei eine Entfremdung herbeigeführt worden sei. Um die bringenden, finanziellen Bedürfnisse des Landes sicherzustellen, dürfte der König eine Schwenkung zu den Radikalen vornehmen, in welchem Falle die Skupschina wieder aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben werden müßten. Jedenfalls werde die bevorstehende Ankunft der Königin Natalie in Belgrad von großer Bedeutung für die nächste politische Zukunft Serbiens sein.

— Rom, 8. Mai. Das Decret zur Auflösung der Deputirtenkammer ist vom König unterzeichnet worden. Die Neuwahlen sind auf den 26. d. Mts., die Stichwahlen auf den 2. Juni festgesetzt. Das neue Parlament wird zum 10. Juni einberufen werden.

— In den Berichten über den Unfall, den der Hofzug des Königs jüngst auf der Reise von Venedig nach Rom erlitten hat, versichern clerikale Blätter, daß der Unfall kein zufälliger gewesen sei. Das Königs-paar ist unbeschädigt, eine Anzahl Hofleute sind verletzt. — Also auch dort ein Attentat? Muß nicht Jedermann die Nothwendigkeit eines Umsturzgesetzes in Deutschland einleuchten?

— Brüssel, 8. Mai. Der Zustand der Arbeiter in den Steinbrüchen von Scauffines, welcher einen Monat dauerte, ist in Folge einer Verständigung zwischen den Besitzern und den Arbeitern beendet.

— Berviers, 8. Mai. Der Zustand der Knapparbeiter in den Spinnereien dauert bereits über vier Wochen. Zahlreiche Tuchfabrikanten drohen, die Fabriken zu schließen, wenn die feiernden Arbeiter nicht nachgeben. Dadurch würde die Lage aller Arbeiter in diesen Fabriken eine sehr ernste. In Folge einer Intervention des Bürgermeisters beschloßen die Besitzer, ihre Entschließung auf acht Tage hinauszuschieben. — Also die Hungerpeitsche über das renitente „Gesinde“ geschwungen, dann will es wohl zahm werden!

— London, 8. Mai. Das Unterhaus nahm in zweiter Lesung die Bill über Abschaffung des irischen Zwangsgeetzes mit 222 gegen 208 Stimmen an.

— Chicago, 8. Mai. Eintausend Ausländische griffen während der letzten Nacht die Werkstätten der Illinois Stahl-Compagnie an und zertrümmerten die Maschinen mit Wurffsteinen und Brecheisen. Zwischen der eiligst requirirten Polizei und den Ausländischen entspann sich ein erbitterter Kampf. Zehn Polizisten wurden verwundet, 30 der Streiter schwer verletzt, 28 Verhaftungen vorgenommen. — Schrecklich! Auch dort „Revolution“? Und doch will man in Deutschland kein Umsturzgesetz!

Standesamtliche Nachrichten.

Bonn 8. Mai.

Eheschließungen. I. Schneidermstr. Johann Weibner, kath., mit Clara Schmidt, evang., hier. — Haushälter Franz Fischer, kathol., mit Susanna Kirche, ev., hier. — Klempner Valentin Conde, kathol., mit Martha Schmidt, ev., hier. Todesfälle. I. Maurerwitwe Emilie Bachal, geb. Gante, 71 J. — Wilhelm, S. des Tischlermeisters Wilhelm Müller, 10 M. — Walter, S. des Hautboisten Otto Pfister, 8 M. — Frühere Putzmacherin Johanna Geshin, 74 J. — Friede, L. des Ranglisten Carl Penkel, 2 J. — Kontorsfrau Auguste Malcher, geb. Knecht, 32 J. — Sattler Friedr. Kiesel, 55 J. — Friede von Wolff, 64 J. — Ill. Helene, L. des Schuhmachermeisters Franz Rühge, 6 M. — Paul, S. des verst. Arbeiters Josef Baumgart, 4 J. — Pfandleiherfrau Ida Gath, geb. Richter, 44 J. — Armenhausgenossin Wittfrau Hofma Deumlich, geb. Krumm, 70 J.

Briefkasten.

Wegen des uoeraus umfangreichen, aber ebenso wichtigen Berichtes über die gestrigen Verhandlungen des Reichstages müßten mehrere locale und provinzielle Artikel zurückgestellt werden.

Stadt-Theater.

Donnerstag: „Die Waise.“ Freitag: „Die schwarze Maske.“

Liebich's Etablissement. Neues Sommer-Theater.

Direktion: F. Witte-Wild. Donnerstag: „Die Chansonette.“ Freitag: „Die Chansonette.“

Wittiboch, den 15. Mai 1895, unwiderruflich letzte Vorstellung.

Circus Renz. Breslau, Louiseplatz.

Heute Donnerstag, den 9. Mai, Abends 7 1/2 Uhr: Parade-Gala-Vorstellung

zum Benefiz für den hervorragenden Pferdebesitzer und Schutzeiter Herrn. R. Renz und die Schutzeiterin Fr. Renz-Stark, sowie Herrn Gustav Renz (Sohn der Benefizianten).

Zum ersten Male: Donner und Darius, Kappheute, in kurzer Zeit auf eine originelle Art dressirt und in Freiheit vorgeführt vom Benefizianten Herrn Rob. Renz

Zum ersten Male: Die doppelte hohe Schute mit den Schulpferden Liverator und Mitado, geritten von den Benefizianten Herrn Rob. Renz und Frau Renz-Stark.

Aufreten der Benefiziantin Fr. u. Renz-Stark mit dem Schulpferd Syd u. dem irländischen Vollblutspringpferd Blig. Vollige à la Richard und Die Post mit 12 Pferden geritten von Herrn Gustav Renz (Sohn der Benefizianten).

Aufreten sämtlicher Künstler-Spezialitäten.

Zum Schluss Tjo Ni En. Beim Jahreswechsel in Peking.

(Am Freitag den 10. Mai) Arrangirt und inscenirt vom Director Fr. Renz.

Letzte Komiker-Vorstellung. Tjo Ni En.

Sonnabend, den 11. Mai: Große Extra-Vorstellung zum Benefiz für den beliebten Clown-August Mr. Lavater Lee.

Tjo Ni En.

Donntag, den 12. Mai (Letzte Vorstellung) 2 große außerordentliche Vorstellungen, Nachmittags 4 Uhr (1 Kind frei) und Abends 7 1/2 Uhr.

Fr. Renz, kgl. Commissionär.

4. Straße 192. Königl. Preuss. Lotterie.

ziehung vom 8. Mai 1895. - 16. Tag. Gradzahl. Die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigesetzt. (Ohne Gewähr.)

4. Straße 192. Königl. Preuss. Lotterie.

ziehung vom 8. Mai 1895. - 16. Tag. Gradzahl. Die Gewinne über 210 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigesetzt. (Ohne Gewähr.)

Table of lottery numbers for the 4th street 192 drawing on May 8, 1895. Columns include numbers and their corresponding prizes.

Table of lottery numbers for the 4th street 192 drawing on May 8, 1895. Columns include numbers and their corresponding prizes.

Advertisement for Kaiser Brewery (Kaiser Brewery) featuring the text 'Kaiser Brewery' and 'Bieren'.